

## ■ US-Präsidentschaftswahl und »Brexit«

### Kein Zurück in die 90er

Von Christian Bunke

Joseph Biden ist noch gar nicht US-Präsident, eine »friedliche Machtübergabe« im Weißen Haus längst nicht organisiert. Doch über die Bedeutung einer Biden-Präsidentschaft für die Weltpolitik werden schon meterdicke Abhandlungen geschrieben.

So zum Beispiel über Post-»Brexit«-Handelsgespräche zwischen den USA und Großbritannien, insbesondere über die Zukunft der irischen Binnengrenze. Biden hatte im Wahlkampf wiederholt davor gewarnt, dass das Karfreitagsabkommen nicht »zum Opfer des Brexit« werden dürfe und eine »harte Grenze« zwischen Nordirland und der Republik Irland unter allen Umständen vermieden werden müsse.

Hintergrund dieser Aussage ist der derzeit im britischen Oberhaus diskutierte Entwurf eines »Binnenmarktgesetzes«. Dieses soll nordirischen Unternehmen unter anderem die Ausfuhr von Gütern auf die britische Hauptinsel ermöglichen, ohne dass diese dafür Zolldokumente ausfüllen müssen. Auch will Großbritannien auf Ein- und Ausfuhrkontrollen zwischen Nordirland und dem Rest des Vereinigten Königreichs teilweise verzichten. Brüssel sieht darin einen Verstoß gegen den EU-Austrittsvertrag und warnt nun vor der Errichtung eben jener auch von Biden abgelehnten harten Binnengrenze.

Für die US-Demokraten sind die Nachfahren irischstämmiger Einwanderer ein wichtiges Wählerreservoir. Biden hat irische Wurzeln und nutzte dies in seinem Wahlkampf offensiv aus. Es war

der demokratische Expräsident William Clinton, der Vertreter der irisch-republikanischen Partei Sinn Féin in das Weiße Haus einlud und diese so auf dem internationalen Parkett legitimierte. Die US-Demokraten sehen sich als eine Kraft, deren Intervention wesentlich zur Unterzeichnung des Karfreitagsabkommens und zum Beginn des Friedensprozesses in Nordirland beigetragen hat.

Für heutige Vertreter des bürgerlich-liberalen Lagers gilt die Geschichte des Abkommens als einer der wenigen Erfolge für den US-geführten sogenannten Menschenrechtsinterventionismus. Seit Biden sich zum US-Präsidenten erklärt hat, träumen sich Politiker wie der britische sozialdemokratische Oppositionsführer Keir Starmer schon in die Ära der 1990er Jahre zurück, als die USA als einzige übriggebliebene Weltmacht global »Frieden stifteten«.

In Wirklichkeit ließen sie meist Trümmerwüsten zurück. Nicht zuletzt der »Menschenrechtsinterventionismus« der 1990er Jahre hat erheblich dazu beigetragen, dass die politischen Verwerfungen sich global so verstärkt haben – auch in den USA selbst. Biden hat das Weiße Haus, doch 70 Millionen Menschen haben für die ins faschistische Lager offene national-konservative Politik von Donald Trump gestimmt. Die britischen Konservativen wissen, dass Biden auf demselben wackeligen Boden wie der britische Premier Boris Johnson agieren muss. Ein Zurück in die 1990er Jahre ist ausgeschlossen.

## ■ Viruskenner des Tages

### Bautzener Richter



Die Bundesrepublik war schon immer ein Land voll forschender Epidemiologen – Gewohnheit aus früheren Zeiten. Ob kommunistische Ver-seuchung, vom Messerschwingen infizierte Migranten oder Leute, die Gesichtsmasken tragen und sich die Hände waschen – Zehntausende Experten wittern da zu recht Unrat und verteidigen die Freiheit wie gerade in Leipzig auch mit Wurfgeschossen. Genehmigt hatte die »friedliche Versammlung« (so der sächsische CDU-Innenminister Roland Wöller, der auch von der »größten Corona-Party« sprach) das Oberverwaltungsgericht des Freistaats in Bautzen – ein Hort virologischer Kompetenz, wie mehrere Medien am Montag meldeten. Der am Urteil beteiligte Vorsitzende Richter Matthias Dehoust

ist z. B. Mitglied der Redaktion der *Sächsischen Verwaltungsblätter*, die in ihrer Ausgabe 11/2020 u. a. einen Artikel mit der Überschrift »Nächste Epidemie Grippe? – Zum Ausstieg aus der Corona-Pandemie« und einen weiteren über »Das Grundrecht auf die Heimat« veröffentlichten. Der erste stellt fest, dass die Krankheit Covid-19 »im Vergleich mit der gewöhnlichen Grippe keine wesentlich schlimmere« sei. Die öffentliche Gesundheitsversorgung sei nicht kollabiert. »Nichtsdestotrotz dauert der Lockdown des öffentlichen Lebens in einzelnen Bereichen noch an.«

Eine Anleitung zum Urteilen? Von einem Gericht in einer Senf-Hochburg darf erwartet werden, dass juristischer und Seuchensachverständiger zusammenwachsen. Ein Oberverwaltungsgericht hat Ausdruck des gesunden Empfindens der »Wir sind das Volk«-Virologie zu sein. Wenn nun CDU-Spitzenkräfte wie Friedrich Merz, Norbert Röttgen und Sachsens Regierungschef Michael Kretschmer nach Beisammensein am Sonnabend in Quarantäne sind, haben sie einen Trost. Der Rechtsstaat Bautzener Prägung bescheinigt: Diese Seuche ist keine wesentlich schlimmere als andere, die sie haben.

Arnold Schölzel

# »Die Bundesregierung verletzt Menschenrechte«

Im Kosovo leiden besonders Minderheiten und dorthin Abgeschobene unter der Coronapandemie. Ein Gespräch mit Ralph Rüdiger

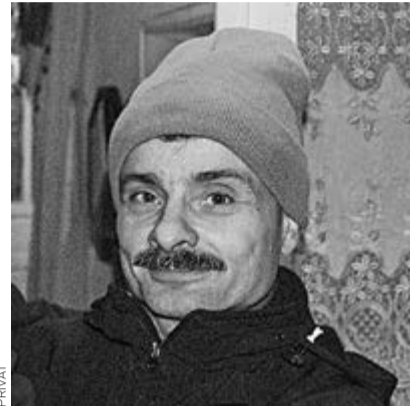
**S**ie engagieren sich seit Jahren für Kinder in Albanien und im Kosovo. Diese wurden hart durch die Coronapandemie getroffen. Wie ist deren Lage zur Zeit?

Katastrophal. Nachdem im Frühjahr die Maßnahmen dafür gesorgt hatten, dass die Infektionszahlen sanken, steigen sie nun wieder. Am meisten leiden darunter die Ärmsten der Bevölkerung. Dazu gehören im Kosovo auch Minderheiten wie Roma, Aschkali und Ägypter. Sie können nicht mal mehr Altmetall oder Flaschen sammeln, um ihr Überleben zu sichern. Die Sozialhilfe von 80 bis 125 Euro reicht für viele Familien nicht, denn die Lebenshaltungskosten sind fast so hoch wie in der Bundesrepublik. Viele von ihnen wurden in den vergangenen Jahren aus Deutschland abgeschoben.

**Wie sieht Ihre Arbeit im Kosovo aus?**

Wir unterstützen die Bedürftigen vor Ort. Zum einen helfen wir durch Spenden. Wir sind zweimal im Jahr, im Sommer und zu Weihnachten, dort und stellen den bis zu 70 Familien in der Armutssiedlung Fushe Kosove bei Pristina Brennholz zur Verfügung, das wir vor Ort kaufen. Die Winter sind in der Region sehr hart, Temperaturen von minus zehn Grad können vorkommen. Doch Heizungen fehlen in den Hütten. Wenn alles klappt, werden wir auch in diesem Dezember wieder in das Kosovo reisen.

Zum anderen haben wir seit einem Jahr eine Kooperation mit dem SOS-Kinderdorf, das kinderreiche Familien mit Lebensmitteln sowie Medikamenten unterstützt, denn es gibt keine Krankenversicherung. Wir legen zudem großen Wert darauf, dass die Kin-



Ralph Rüdiger ist aktiv in der Leipziger Initiative »Perspektiven für Kinder auf dem Westbalkan« e. V.

der Zugang zu Bildung haben. Denn ohne eine gute Bildung lässt sich die Ursache der extremen Armut, in der 60 Prozent der Roma-Kinder leben, nicht beseitigen. Obwohl die Bevölkerung sehr jung ist, haben viele keine Perspektive. Wer kann, verlässt seine Heimat. Die Arbeitslosigkeit, vor allem unter jungen Menschen, ist sehr hoch. Der Durchschnittsverdienst beträgt 304 Euro. 30 Prozent der Menschen leben zurzeit in absoluter Armut, eine Person hat zum Überleben lediglich 1,70 Euro pro Tag.

**Zu den am meisten Leidenden gehören auch die, die in den vergangenen Jahren aus Deutschland in den Kosovo abgeschoben wurden. Welche Verantwortung trägt die Bundesregierung?**

Eine sehr große. Ich kenne eine Roma-Familie, die wegen des Kosovo-Krieges nach Deutschland geflohen ist. Der Sohn, der hier aufwuchs und kein Albanisch spricht, wurde nachts um drei Uhr abgeschoben. Zurück blieb seine sehr kranke Mutter, die einen Behinderungsgrad von 100 Prozent hat.

In Pristina war er für einige Zeit obdachlos, bevor er später eine Holzhütte in Fushe Kosove fand. Wir haben alles versucht, diesen jungen Mann wieder zurück nach Deutschland zu seiner Mutter zu bringen. Doch die Behörden weigerten sich. Das Verhalten der Bundesregierung, vor allem bei Härtefällen, ist für mich eine Verletzung der Menschenrechte.

**Und welche Verantwortung trägt die Regierung in Pristina?**

Das Kosovo ist eines der kleinsten, ärmsten und auch korruptesten Länder Europas. Ausländische Gelder gehen direkt an die Obrigkeit. In den Behörden sind noch viele ehemalige Kader der » Befreiungsarmee des Kosovo« (UCK). Mit Hashim Thaci ist zudem ein ehemaliger UCK-Kommandeur und Kriegsverbrecher Präsident. Die Minderheiten werden vielmehr stark diskriminiert. Das betrifft auch die rund 130.000 Serben, die dort leben. Unter anderem wurden seit dem Krieg 140 serbisch-orthodoxe Kirchen und Klöster zerstört.

**Was wäre zu tun, damit Ihr Engagement eines Tages überflüssig wäre?**

Dafür bräuchte es eine andere Regierung, eine bessere Sozialpolitik und keine ausländische Einmischung. Eine Renten- und Krankenversicherung für alle müsste eingeführt werden. Und noch immer sind 13 Prozent der Frauen und vier Prozent der Männer Analphabeten. Auch sollte ein gemeinschaftliches Schulwesen für alle Kinder auf Serbisch und Albanisch eingeführt werden, um die Integration verschiedener Volksgruppen zu ermöglichen.

Interview: Roland Zschächner

## ■ Abgeschrieben

**Die deutsche Sektion der Internationalen Ärzte zur Verhütung des Atomkrieges/ Ärzte in sozialer Verantwortung (IPPNW) hofft nach der US-Wahl auf neue Friedensinitiativen. Dazu teilte sie am Montag mit:**

Die ärztliche Friedensorganisation IPPNW begrüßt die Abwahl von Donald Trump und verbindet damit die Hoffnung auf einen Wiederbeitritt der USA zum Pariser Klimaabkommen sowie die Unterstützung multilateraler Verträge wie dem Atomabkommen mit dem Iran. Auch weiterhin steht eine Aufrüstung auf der Agenda der USA und Deutschlands.

Die Ärzteorganisation fordert die Bundesregierung auf, zivile Verantwortung zu übernehmen und ein nach außen friedensfähiges Europa voranzutreiben. Das Ziel der Bundesregierung, den Rüstungsetat auf zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes anzuheben, muss aufgegeben werden. Statt dessen ist es notwendig, dass sich die deutsche Regierung gegen alle Maßnahmen zur militärischen Aufrüstung der EU wie Rüstungsprojekte, den Aufbau interventionsfähiger gemeinsamer Streitkräfte sowie eine Flüchtlingsabwehr mit militärischen Mitteln stellt. Die dafür vorgesehenen finanziellen

Mittel im Haushalt müssen für zivile Instrumente der Konfliktbearbeitung, für Entwicklungszusammenarbeit sowie zur Bekämpfung der Klimakatastrophe umgeschichtet werden.

»Die aktuell wieder von vielen als unvermeidbar ins Gespräch gebrachte Erhöhung der Verteidigungsausgaben lehnen wir ab. Deutschlands Verantwortung ist zivil, nicht militärisch. Damit die Welt sicherer wird, muss sich die Bundesregierung auch im Rahmen der EU dafür einsetzen, dass nicht Ungerechtigkeit, Umweltzerstörung und Ressourcenkonflikte befördert werden«, erklärt Susanne Grabenhorst, IPPNW-Vorsitzende. Die IPPNW erhoffe sich von der Wahl Joseph Bidens zum Präsidenten die Rückkehr zur Einhaltung internationaler und multinationaler Abkommen sowie eine Wiederaufnahme der Unterstützung von UN-Organisationen wie der WHO.

**Die Tagesstätte »Brücke« in Gießen schlägt Alarm, dass obdachlose Menschen im Pandemiewinter noch mehr als ohnehin schon in Lebensgefahr sind. Dazu erklärte Christiane Böhm, sozial- und gesundheitspolitische Sprecherin der Fraktion von Die Linke im hessischen Landtag:**

Nicht nur in Gießen, sondern auch in vielen anderen Städten geraten die Einrichtungen, die obdachlose Menschen unterstützen, an ihr Limit. Sinken die Temperaturen, steigt das Risiko zu erfrieren. Die pandemiebedingten Auflagen verschärfen bzw. verstärken diese dramatische Lage noch. Die Tee- und Wärmestuben können nur einer kleinen Anzahl von Personen einen zeitweisen Aufenthalt gewähren und manche Räume für den Tagesaufenthalt – wie zum Beispiel in Gießen – sind seit dem Frühjahr geschlossen, weil die hygienischen Bedingungen nicht erfüllt werden können. Damit stehen Menschen, die nicht zu Hause bleiben können, buchstäblich in der Kälte. Bereits vor Corona ist die Lage der Menschen ohne Wohnung in Hessen oft katastrophal gewesen. Die Landesregierung interessiert sich nicht dafür, wie Abhilfe geschaffen werden kann. Bereits im Frühjahr haben die Jugendherbergen angeboten, dass Menschen ohne Wohnung dort untergebracht werden können. (...) Obdachlosen-einrichtungen und ambulante Gesundheitsprechstunden für Menschen ohne ausreichenden Versicherungsschutz benötigen schnelle Unterstützung des Landes.